

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends
Monatsbezugpreis - 50 Goldmark (ohne Bestellgeld)
Bestellungen nur durch die Post
Schluß des Blattes: Donnerstags mittags

Herausgegeben vom
Deutschen Baugewerksbund
Hamburg 25, Wallstr. 1

Anzeigen der Baugewerkschaften lösen - 50 Goldmark
für die dreispaltige Veltzelle oder deren Raum
Anzeigen für den Arbeitsmarkt 3 Goldmark

Ein weißer Rabe.

Das nachfolgende Rundschreiben eines Bauunternehmers an seine Kollegen ist uns auf den Schreibtisch gelangt. Aus diesem Schreiben spricht ein seltener Frei- und ein hocherfreulich zu nennender modernwirtschaftlicher Geist. So etwas findet man heute in Deutschland bei Bauunternehmern nur noch sehr selten. Aber wir gäben etwas darum, wenn dieser Geist bei den Bauunternehmern Allgemeingut wäre. Dann führten verlässliche Einsicht, gesund abwägende Einschätzung der Wirtschaftskräfte und vorwärtsdrängender Gemein- und Fortschritts Sinn stets zu gesunden Vereinbarungen, an denen beide Teile ihr Bestes gäben und das Baugewerbe gesunden könnte. Zur Erbauung für unsere Kollegen und zu Mut und Fortschritt für den Schachmachersgeist der Unternehmer, der heute im Baugewerbe sinnlos nach allen Richtungen ausschlagen bemüht ist, lassen wir nunmehr das Schreiben folgen:

Sehr geehrte Kollegen!

In der Nummer 9 unseres Fachblattes „Das Baugewerbe“ wird über die geschichteten Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern berichtet. Ich fühle mich im Interesse unseres Berufsstandes verpflichtet, zu diesen Verhandlungen Stellung zu nehmen und auch meine Berufscollegen aufzufordern, darüber nachzudenken, ob die Art und Weise, wie unser Verband die gegenwärtigen Verhandlungen mit den Arbeitnehmern führt, zu einem dauernden Erfolg für das deutsche Baugewerbe werden kann.

Bei der durch eine geistige Epidemie beeinflussten Denkeise einer großen Zahl von Bauunternehmern kann ich zwar nicht erwarten, daß unsere führenden Berufscollegen durch meine Ausführungen auf die Linie der Wahrheit wirtschaftlicher Erkenntnis zurückgeführt werden, zumal wenn ich ihnen Solas dadurch verleihe, daß ich diese Wahrheit in einem Rundschreiben an meine Kollegen verleihe. Der derzeitige Angriff unseres Verbandes auf unsere „Gegner“ erscheint mir aber so unehrenhaft und unwürdig, daß ich keine Bedenken tragen darf, mich im Kampfe für Wahrheit und Recht auf die Seite derjenigen zu stellen, die wir für die Erhaltung und den weiteren Ausbau der deutschen Bauwirtschaft in nächster Zukunft bringend an unserer Seite sehen müssen.

Zunächst möchte ich hier die unfern Stand entwürdigende Ungleichheit benennen, in die sich die Führer des Arbeitgeberverbandes das deutsche Baugewerbe zu der Zeit in die westfälischen Großindustrie begeben haben. Wenn unser Verband in seinem Schreiben an den Reichsarbeitsminister vom 1. Februar offen auspricht, daß die Großindustrie des Reiches Gebietes der Bauten hat stillen lassen, weil die Bauarbeiter noch 7 bis 8 Stunden arbeiten, dann ist mit dieser Feststellung bereits andeutend, daß sich der Arbeitgeberverband für das deutsche Baugewerbe nicht mehr als Vertreter, unabhängiger und selbständiger Interessenverbände der Herren der Großindustrie auftritt. Wegen dieser nicht dem Willen der Mehrheit der deutschen Bauunternehmer herbeiführte Entscheidung unseres Verbandes lege ich im Namen vieler meiner Berufscollegen den scharfen Protest ein. Die Mehrheit der deutschen Bauunternehmer wird es sicherlich ablehnen, sich zu den Handlungen der Großindustrie machen zu lassen und wünscht nicht, daß die Kampfmethoden, die diese Großfirmen zur Sicherung ihres in diesen Tagen angewandten Bestes anwenden, auch von uns in unserem Verhältnis zu unsern Mitarbeitern angewendet werden. Wenn mich schon die vom Vorstand angewandte Unbilligkeit veranlaßt, gegen die mit den Arbeitnehmern verbundenen geschützten Verhandlungen Protest einzulegen, so muß ich diesen Protest noch verstärken, wenn ich sehe, daß unsere Führung die Frage des Achtstundentages mit der Kauflohnverbilligung und der Zugangshaltung des Baumarktes in Verbindung bringt.

Berechte Kollegen! Der Vorstand befaßt sich darüber, daß die Arbeitnehmer ihrer Recht nicht geschädigt sind und nicht anerkannt haben, daß nur der Achtstundentag die unproduktiven Kosten im Baugewerbe ausschalten und das Bauern verbilligen könne. Können sie sich über diese mangelnde Geselgschaft wundern? Männer wie Paeplow, Schönfelder und Wiebeberg haben meines Wissens aus nächster Nähe erleben müssen, wie der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe die Forschungsgesellschaft für wirtschaftliche Betriebsführung im Baugewerbe vor Jahr und Tag akquiriert und zu Grabe getragen hat. Seitdem wissen wir, welches sachliche Interesse die derzeitigen Führer des deutschen Baugewerbes an einer wirtschaftlichen Betriebsführung im Baugewerbe haben. Sie wissen aber auch aus eigener Erfahrung und aus den Erfahrungen der sozialen Baubetriebe, daß der Achtstundentag noch keineswegs eine Ausschaltung der unproduktiven Kosten im Baugewerbe und eine Verbilligung des Bauens, geschweige denn eine „Zn-

gangshaltung“ des Baumarktes bedeutet. Die Begründung, mit der die Führer des Baugewerbes in den Verhandlungen mit den Arbeitnehmern ihre Forderungen verteidigt haben, ist - gerade heraus gesagt - eine Diskreditierung aller modern geleiteten Baubetriebe.

Die Zugangshaltung des Baumarktes ist doch in erster Linie, und das wissen Wehrhends, Holtz und Gräwe ebenso gut wie Paeplow und Wiebeberg, eine Frage der Kapitalbeschaffung und Kapitalneubildung. Die Kapitalbeschaffung für den Wohnungsbau durch die Wohnungsbauabgabe haben unsere Führer in Gemeinschaft mit andern Interessenten seit Jahr und Tag beäugelt. Heute haben sie den Erfolg ihres Kampfes. Der Erfolg ist Arbeitslosigkeit bei den Bauunternehmern wie bei den Arbeitern. Die Kapitalneubildung ist bei der gegenwärtigen Lage der deutschen Wirtschaft davon abhängig, ob auskömmliche Gehälter und Löhne bei den Angestellten und Arbeitern die Einsparung von Kapital ermöglichen. Und auch in diesem Punkt treibt unser Bund für das Baugewerbe eine Politik, die darauf hinausläuft, daß sich das Baugewerbe selbst den Akt abjagt, auf dem es lebt.

Nun zu der Frage der Verbilligung des Bauens. Diese Frage teilt sich in zwei Teile. Der eine Teil umfaßt die Maßnahmen, die außerhalb des Einflusses der Verbtriebe liegen und die Probleme berühren: Bekämpfung des Syndikalismus und Kartellwesens, Beseitigung des unproduktiven Zwischenhandels, Normalisierung und Typisierung usw. Der andere Teil umfaßt die Maßnahmen, die von den Betrieben selbst zur Verbilligung des Bauens ergriffen werden müssen, wie: Rationalisierung des Bauprozesses, Einführung Arbeitskraft ersparender Maschinen, Einstellung der Betriebe auf die rationelle Betriebsgröße, Zusammenfassung der Betriebe zu leistungsfähigen Einheiten, Steigerung der Arbeitsfreude der Mitarbeiter und anderes mehr.

Welche dieser Maßnahmen hat der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe unternommen gefördert? Darf er sich wundern, wenn die Gewerkschaften, gestützt auf die Erfahrungen ihrer sozialen Baubetriebe, zunächst die wirklich unproduktiven Kosten im Baugewerbe beseitigen möchten, ehe sie ihren Mitarbeitern zumuten, Opfer aus der Schwelgen Menschheit zu erdulden? In den Wirtschafts-Verhandlungen vorübergehende Gewalt und rechte Macht Entschuldigungen herbeiführen. Auf die Dauer liegt aber nur die Wirtschaftserkenntnis, und je später diese Erkenntnis in die Reihen der Bauunternehmer einzieht, um so früher werden unsere wirtschaftlichen Gegner, die sozialen Baubetriebe, über ihren Einfluß jubeln können.

Es scheint nun aber, daß unsere Führer und ihre unachverständigen Syndikats die oben genannten Verbilligungsmaßnahmen nicht hoch veranschlagen. Haben sie insofern als ehrliche Verhandlungspartner den Arbeitern vorgerechnet, welche Verbilligungen sie durch den Achtstundentag zu erzielen glauben? In unserm Fachblatt ist davon nicht zu lesen. Als erfahrene und ehrliche Unternehmer hätten sie unserm Gewerbe vor der Öffentlichkeit einen weit heren Dienst erwiesen, wenn sie sich vor der Verhandlung die Fragen beantwortet hätten: Ist zu erwarten, daß die neunzigprozentige Arbeitslosigkeit im Baugewerbe durch eine Reduzierung der Arbeitszeit um 2 Stunden täglich beseitigt werden kann? Ist zu erwarten, daß die 2 Stunden Mehrarbeit die Baukosten senken können, daß eine kreditbedürftige Industrie, eine kreditbedürftige Bauwirtschaft, ein billiger verarmter beherrschter Auftraggeber und ein im Entkommen herabgedrückter Mieterstand als leistungsfähiger Auftraggeber, Gewerbetreibender oder Mieter von Bauten auf dem Baumarkt erscheinen können?

Diese Fragen würden Wehrhends und Genossen mit gutem Gewissen nicht mit Ja beantwortet können. Paeplow und Genossen können uns aber darauf hinweisen, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit um 2 Stunden bei gleichbleibenden Lohnsätzen an sich noch keine Verbilligung der Bauten nach sich zieht. Wenn sie sich auf eine Diskussion in dieser Frage einzulassen, dann werden sie vielmehr die Gegenfrage stellen, welche Garantien wir den Arbeitern und der Öffentlichkeit geben können dafür, daß die Mehrarbeit - sofern die gesundheitliche Arbeitszeit im Verhältnis ebenso ergiebig ist wie die achtstündige Arbeitszeit, auch wirklich im Preise zum Ausdruck kommt und nicht als eine Erhöhung der Gewinnquote in Ansatz gebracht wird. Die Arbeiter sollen sich zu einer festumrissenen Leistung verpflichten, und wir nicht? Ich finde, daß diese einseitige Forderung von Wehrhends und Genossen auf die Dauer von uns doch nicht vertreten werden kann. Wenn unser Vorstand schief rednet, würde er finden, daß eine zwischendliche Mehrarbeit bestenfalls eine fünfprozentige Erparnis der Baukosten erbringen würde. Um diese 5%, wird die Öffentlichkeit, aber auch Paeplow ja, sein ein so großes Verächts gemacht werden? Um 5% sollen monatliche Arbeitskämpfe geführt werden, die den Unternehmern, den Auftraggebern und der Au-

gemeinheit einen zehnfachen Schaden bringen? Deutschland scheint das Land der Reizspitzen zu sein in dem man kämpfe austrägt, die mehr kosten als das Kampfziel. Handelt es sich nur um diese 5%, dann müssen Paeplow und Genossen sehr ungeschickte Arbeiterführer sein, wenn sie den Kampf um der wirtschaftlichen Vereinfachung willen nicht aufnehmen. Die wirtschaftliche Vereinfachung für ihr Recht wird ihnen nicht schwer fallen. Sie werden darauf hinweisen, daß eine Senkung des Zinsfußes für die baugewerblichen Zinsfremden eine größere Erparnis in den Baukosten bringt als jene 5%. Und wer von uns wollte die Arbeiter in dieser Forderung der Verdrängung des Zinsfußes für das Kapital nicht unterstützen? Können unsere Führer aber den Kampf gegen das Großkapital so organisiert wie den Kampf gegen die Arbeitskraft?

Paeplow wird aber auch darauf hinweisen, daß die zehnpromzentige Gewinnquote wenigstens in einer Zeit des Notstandes der deutschen Wirtschaft auf 5% herabgesetzt werden könne. Die Gewerkschaften werden fernherin der Öffentlichkeit durch ihre sozialen Baubetriebe den Beweis erbringen, daß sich auch die Geschäftskosten senken lassen, und daß ihre Betriebe trotz des Achtstundentages mit den privaten Baubetrieben die Konkurrenz aufnehmen können. Wie scheint, daß unsere Führer zu unangebrachter Zeit und mit unangenehmen Mitteln der Kampf gegen den Achtstundentag aufgenommen haben, und in ihren Verhandlungen und Vorbereitungen die ethische, soziale und wirtschaftliche Begründung ihrer Forderung auf sehr schwache Füße gestellt haben.

Was haben wir nun zu erwarten, wenn die Gewerkschaften die Grundforderung von Wehrhends und Genossen, das heißt die Bauten zu verbilligen, sich selbst zu eigen machen, die Forderung aber mit anderen Mitteln als mit dem Achtstundentag erkämpfen werden? Die geistige wie die sachliche Kampfführung braucht heute nicht hoch im Ansehen zu stehen. Wenn sie aber unterläßt wird durch die praktische Tätigkeit der sozialen Baubetriebe, dann dürfte uns doch allmählich ein Licht über die Vertretung unserer Interessen durch unsern Vorstand aufgehen. Jedenfalls habe ich die Arbeit der sozialen Baubetriebe im Konkurrenzkampf kennengelernt und befürchte, daß die Gewerkschaften mit ihren Betrieben als die moralischen und wirtschaftlichen Sieger aus den kommenden Kämpfen hervorgehen werden. Sie werden Sieger sein, weil sie über einen treu zu den Betrieben stehenden Stamm von Bauarbeitern verfügen, ihre Betriebe in hohem Maße rationalisiert haben, zeitweise ohne Gewinn und Risikoprämie arbeiten können, die Arbeitsleistung durch eine eifrige Vereinbarung zwischen der Leitung und den Arbeitern auf einen gleichmäßigen Standard bringen können, Auftraggeber besonders im Wohnungsbau finden werden, die ihnen die Aufträge freizügig zuschlagen, von ihren eigenen baufuttergezügeln Betrieben die Baustoffe billiger geliefert erhalten usw.

Man braucht diese Konkurrenz der sozialen Baubetriebe im Kampf auf der ganzen Linie materiell nicht hoch zu veranschlagen. Die ideale Unternehmung der gewerkschaftlichen Forderungen durch die sozialen Baubetriebe wird aber nicht unterjocht werden dürfen.

Aus dieser Feststellung werden einige meiner Kollegen den Schluß ziehen: da müssen wir in verklärter Majestät gegen die sozialen Baubetriebe Sturm laufen. Ich gestatte offen, daß ich diesen Sturmlauf für aussichtslos halte; wie ich jeden Kampf für unsinnig halte muß, der mit brutaler Macht gegen geistigen und wirtschaftlichen Fortschritt geführt wird. Wer die Arbeit der sozialen Baubetriebe etwas aufmerksamer verfolgt hat und diese Arbeit nicht ausschließlich durch die Konkurrenzbrille ansieht, wird zugeben müssen, daß diese Betriebe von tüchtigen Männern geführt werden, sich trotz aller gegenwärtigen Anstellungen gut und konsequent entwickelt haben, und vernünftiger jede neue Kampfanfrage von unserer Seite her mit einem verstärkten Einsatz ihrer Kräfte und der Kräfte der gesamten Gewerkschaften beantworten werden. Der Erfolg dieses Kampfes würde lediglich darin liegen, daß die sozialen Baubetriebe der breitesten Öffentlichkeit den Beweis erbringen, daß es auch ohne den Achtstundentag geht, und daß niedrige Löhne noch keine hohe Arbeitsleistung und keine verbilligte Produktion erzeugen. Die Gesundheit unserer Wirtschaft ist nun einmal durch eine Diktatur nicht zu erreichen, sondern kann nur durch rationale Arbeit herbeigeführt werden. Fort und Wegsamt das Kampfs sind darum von unserm Vorstand sehr schlecht gewählt worden. Der Augenblick insofern, als eine Zeit der Arbeitslosigkeit und des Kapitalmangels uns in diesem Kampfe mindestens ebenso nachteilig macht als ebenjoh stark macht wie die Gewerkschaften. Der Gegenstand insofern, als die Unternehmer nicht für den Achtstundentag und niedrigere Löhne, sondern mit den Gewerkschaften gemeinsam für eine Erhaltung des Baumarktes, für eine Beseitigung seiner Verwässerung, für eine Erschließung neuer Kapitalquellen zum Bauern und für eine rationelle Lösung der Bauwirtschaft zu kämpfen hätten. In diesen gemeinamen

Kämpfen würden uns mehr Vorteile erwachsen als aus einem einseitigen Kampf gegen die Arbeiterchaft. Wenn wir über diese Forderungen hinaus mit den Gewerkschaften einen Vertrag aufsetzen wollen, dann könnte es sich nur darum handeln, die Gewerkschaften bereitzumachen, den Lohn in eine feste Beziehung zur Arbeitsleistung zu bringen. Dieser Kampf hätte in der Tat volkswirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Wert und könnte sowohl mit einem Erfolg der Unternehmer als auch mit einem Erfolg der Arbeitnehmer zum Abschluß gebracht werden. Alle anderen Kämpfe sind aber zurzeit nicht nur wirtschaftlich sinnlos, sondern direkt wirtschaftsfeindlich, weil sie die Produktion nicht fördern, sondern zerstören.

Ich bin überzeugt, daß viele meiner Kollegen mit diesen Ausführungen nicht einverstanden sein werden, da ein größerer Teil von ihnen nicht den Mut hat, gegen die Führerschaft der Syndici und der von der Großindustrie beherrschten Kreise anzugehen. Diejenigen Kollegen, die sich jedoch ihre geistige und wirtschaftliche Unabhängigkeit trotz des Verbandslebens erhalten haben, werden mir zugeben, daß das Vorgehen unseres Vorstandes in seinen Einzelheiten nicht zu billigen ist. Wenn indessen aus den Mitgliederkreisen heraus nicht selbst eine Opposition gegen unsere Führung erwächst, dann werden wir in eine Katastrophe hineintreiben, aus der es nur ein sehr schmerzliches Erwachen gibt. Ich bitte darum alle meine Kollegen, die sich mit meinen Ausführungen einverstanden erklären können, mir ihre Adresse oder ihre Zustimmung durch die Hand des Generalsekretärs Adolf Otto, Berlin-Grünau, zugehen zu lassen.

Streiks und Lohnbewegungen.

Ostern. Nachdem der „Mitteldeutsche“ eine Verlängerung der Arbeitszeit nicht hat durchsetzen können, entbrannte der Kampf darüber heftig. In Weßlar haben die Unternehmer einen Reviers vorgelegt, auf den sich die Bauarbeiter zur neunhündigen täglichen Arbeitszeit verpflichten sollen. Die Unternehmer hatten es dabei sehr eilig. Wer bis zum 11. März, mittags 12 Uhr, nicht unterschrieben hatte, durfte um 1 Uhr nicht mehr anfangen. Unterjochung hat natürlich niemand, 150 Kollegen sind in den Streikstreifen eingetreten.

Magensburg. Auf der Maximilianshöhe, Gaidhof, wo feinerzeit der kommunistische Terror wahre Degen gefeiert hat, arbeitet die Belegschaft seit einiger Zeit täglich 10 Stunden. Die Belegschaft fand keinen Widerstand bei den radikalen Himmelstürmern. Jetzt versucht sie, auch den Bauarbeitern die Verlängerung der Arbeitszeit aufzuzwingen, die sich aber dagegen wehren und die Arbeit eingestellt haben. Jetzt, wo es nicht mit einem „Maulspitzen“ abgeht, sondern gepörrt werden muß, erkennt man, was man von den so genannten „Klassenkämpfern“ zu halten hat.

Wo sonst noch Mitglieder unseres Bundes an Kämpfen um den Achtstundentag beteiligt sind, ist aus einer Rundschau notiz in dieser Nummer ersichtlich.

Ein „Neubauprogramm“ in Preußen.

Darüber sprach kürzlich in einer vom preussischen Wohnbauministerium einberufenen Sachverständigenkonferenz der Staatssekretär Scheidt. Er sagte ungefähr folgendes: „Das Bedürfnis nach Neuwohnungen ist erwiesenermaßen so groß, daß es keiner Worte darüber bedarf. Weitere Einschränkung durch Teilen vorhandener Wohnungen ist im allgemeinen nicht mehr möglich. Es gibt kein wichtigeres Gebiet der volkswirtschaftlichen Beschäftigung als die Bauwirtschaft. Die Frage ist nur: Wie kommen wir vorwärts? Die einen sagen: durch sofortige Aufhebung der Zwangswirtschaft, die anderen: durch Beibehaltung einer gewissen Zwangswirtschaft. Aber die Frage ist in dieser Form falsch. Die Zwangswirtschaft ist ein notwendiges Übel, und es kann nur gefragt werden: wie und in welchem Tempo bauen wir sie ab? Es ist auch eine Forderung, wenn gesagt wird: beim Verfallensein von 100% der Friedensmiete könnte die Baukäuflichkeit sofort beginnen. Das hat mit der Friedensmiete gar nichts zu tun; die Baukäuflichkeit kann

erst beginnen, wenn Löhne und Gelbanlage für diesen Zweck wieder lohnend geworden sind. Die Neubauten betragen heute 135% des Friedensjahres, die Zinsen für Kredite betragen das 2- bis 2,5 fache, und wenn man beides zusammenhält, dann müßte die Friedensmiete um das Dreifache gesteigert werden, um bauen zu können. Ein hoher Beamter, der früher 2000 M für seine Wohnung ausgab, müßte 6000 M bezahlen, während er jetzt nur 4000 M Einkommen hat. Wehlich geht es den meisten andern Erwerbskreisen. Und daraus allein geht schon hervor, daß eine sofortige Freiwirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungs- und Mietwesens nicht möglich ist. Es gibt auch niemand, der Kredit zum Bauen, weil eben die Inflationszeit alle früheren Vermögen und auch neuere Gewinne aufgezehrt hat. Selbst die Landwirtschaft mit guten Kriegen- und Nachkriegsgewinnen hat trotz vorhandener Fremdwirtschaft keinen Kredit. Der Kredit war für den Häuserbau nach allen volkswirtschaftlichen Erfahrungen immer erst da, wenn Industrie und Handel mit ihren größeren Verbleibsmöglichkeiten ihn nicht mehr brauchen. Das Ministerium für Volkswirtschaft hat alles mögliche getan, viel zu tun war allerdings nicht möglich. Ein wichtiger Schritt ist die Einführung der Goldgrundmiete. Vom 1. April ab wird die Lage so sein: Es sind zu zahlen 35% der Goldfriedensmiete, dazu Nachschüsse für höhere Grundsteuer und höheren Wasser-Verbrauch von etwa 7 1/2%, macht 42 1/2%; schließlich noch 25% für neue kommunale Steuern usw. — in ganzen wären also schon 67 1/2% der Friedensmiete zu zahlen. Eine stärkere Erleichterung ist zurzeit nicht möglich. Einen weiteren Schritt wird das Ministerium demnächst tun, indem es auf Grund einer Oberverwaltungsgerichtsentcheidung (wonach die Wohnungswirtschaft eine abgelaufene Auftragsangelegenheit ist) die Regierungspräsidenten anweist, die Wohnungsdirektoren in ihrem Personalbestande zunächst auf zwei Drittel und in kurzer Zeit auf ein Drittel herabzusetzen. — Nach alledem und vielen anderen Erwägungen kommt man zu dem Ergebnis: Einstweilen ist entweder nur mit Staatshilfe zu bauen, oder man muß auf eine Neubautätigkeit überhaupt verzichten. Die bisherigen Zuschüsse aus der Wohnungsbauabgabe sind mit dieser in der Inflationszeit zusammengebrochen. Jetzt bleibt nur die Mietzinssteuer, aus der die 8. Steuernotverordnung 10% für den Wohnungsbau bestimmt. Alles in allem ist daraus auf 50 Millionen Goldmark zu rechnen, und zwar für ganz Preußen. Diese Gelder sollen nicht als Zuschüsse, sondern als Staatshypotheken zu geringem Zinsfuß gegeben werden. Wenn zu dem Neubau die Hälfte der Baukosten aus dieser Hypothek kommt — wobei die andere Hälfte erst aus Privatcredit oder vom Bauern zu stellen wäre — dann wären daraus 18 000 Wohnungen zu gewinnen. Aus Mitteln für produktive Erwerbslösungen für jenseitige können dazu noch 3,8 Millionen Mark, ferner staatliche Zuschüsse für Bauminerwohnungen und aus Reichsmitteln 4,5 Millionen Mark für Fertigstellung begonnener Bauten, so daß im ganzen für 1924 auf 20 000 Wohnungen im gesamten preussischen Staatsgebiet zu rechnen wäre.“

Staatssekretär Scheidt, der sich am Schluß seines Vortrages noch mit Einwänden aus Hausbesitzer-, aus Architektenkreisen usw. auseinandersetzte, nannte das „ein verhältnismäßig immerhin nicht ungünstiges Ergebnis“. Der Mann ist sehr bescheiden. 20 000 Wohnungen in ganz Preußen sind gar nichts! Dabei können, falls das Verhältnis bei Schuldverhältnissen usw. das gleiche ist, die Bauarbeiter nicht verhindern. Gegen diese jämmerlichen Bauausführer halte man nun die sinnlose Angst der Bauunternehmer, mit allen möglichen Zwangsmitteln den Staat zu zwingen, ein solches Verbot zu erlassen? Wo liegt denn noch irgendein folgericher Sinn? Ist es nicht glatter Wahnsinn, wenn die Unternehmer unter solchen Umständen den Achtstundentag verlangen? — Die Ausführungen Scheidts sind auch noch in anderer Beziehung beachtenswert. Er spricht von 67 1/2% Friedensmiete schon im April. Ja, wer soll denn das bei diesen Kammerhöhen und dieser Arbeitslosigkeit zahlen können? Das wird noch

manchen Strach geben, und am Ende wird man sich doch dazu entschließen müssen, entweder die Löhne aufzubessern oder die Mieten niedriger zu halten. Eines von beiden ist — wie heute die Dinge liegen — nur möglich.

Aus den Bezirksverbänden.

Bezirksverband Leipzig. Am 9. März fand auf Veranlassung des Landesverbandes in Chemnitz eine außerordentliche Bezirkskonferenz statt. Kollege Bepow sprach über Tariffragen und über das Arbeitszeitproblem. Ausgehend von den Anfängen und der weiteren Entwicklung der Gewerkschaften, besprach er das Wesen der Tarifverträge. Durch diese hätten die Mitglieder, weil auch die Unternehmer daran gebunden waren, stets eine Grundlage für ihre Arbeits- und Lohnbedingungen gehabt. Andererseits wirkte die durch solche Verträge vorhandene Bindung auch für unsere Mitglieder hemmend in der freien Ausübung günstiger Konjunkturen. Der bisher bestehende Reichstarifvertrag für das Baugewerbe läuft am 31. März 1924 ab. Der bisherige Verlauf der Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Vertrages läßt wenig Hoffnung, daß ein neuer Vertrag zustande kommt. Die vorhandenen Umstände und die jetzige Einstellung der Unternehmer erschließen auch nicht, einen Tarifvertrag abzuschließen. Dies ist nicht nur die Ansicht des Landesverbandes, sondern die vieler Mitglieder. Ueber die Art der Umwehr der von den Unternehmern geplanten Arbeitsveränderungen können allgemeine Diskussionen nicht aufgestellt werden. Neben besondere Fall muß besondere Vorkehrungen erfordern. — Die Konferenzteilnehmer waren in ihrer großen Mehrheit mit den Verhandlungen Reichsweit einverstanden. Einige sich auf das Tarifwesen beziehende Anträge wurden durch eine Erklärung des Bezirksleiters Kollegen Jacobson nach das Weitere in der Angelegenheit des Tarifvertrages dem Landesverband und den Bezirksleitungen zu überlassen ist, als erledigt betrachtet. — Danach sprach Kollege Bernhard über die Errichtung eines Bezirkssekretariats in Chemnitz. Eingehend schilderte er die Arbeitsarbeit in den Gewerkschaften durch die Kommunisten; in Sachen habe unser Baugewerksbund ganz besonders darunter zu leiden. In Chemnitz ist die Zentraldes gegnerischen Verbandes im Baugewerbe. Von hier aus werden die Zerpfitterungsbewerbe ins Reich getragen. Ganzsächlich die Baugewerkschaften im Erzgebirge und im Vogtland werden von der Sozialisten-Organisation stark bearbeitet. An der Hand einer Anzahl Rundschreiben und Aufrufe weist der Redner das zerstörende Wirken der Sozialisten nach. Sie arbeiten mit Hochdruck unter Anwendung schäbiger und verleumderischer Mittel. Um weiteren Zerpfitterungen und Schwächungen vorzubeugen, muß der Landesverband ganz energig dagegen einschreiten. Dazu gehöre auch, daß für den Bezirk Chemnitz ein Bezirkssekretariat geschaffen wird mit einem energigsten Kollegen an der Spitze, der die Kräfte des Bundes sammelt und den weiteren Zerpfitterungsarbeiten in den Vereinen entgegenarbeitet. — Nach ergebnisreicher Aussprache wurde die Gründung des Bezirkssekretariats beschlossen, als Bezirkssekretär Kollege Schumann, Dortmund, gewählt, der am 1. April seinen Posten antreten wird. Eingetragene Anträge, die sich mit der Abänderung der Vorschriften der Gewerkschaften betrafen, wurde zugestimmt. Schließlich erging die nachstehende Entschließung zur Annahme: „Die am 9. März 1924 in Chemnitz tagende Bezirkskonferenz des Deutschen Baugewerksbundes hat Kenntnis von den Maßnahmen der sozialistischen Regierung gegen die Wohnungswirtschaft genommen. Sie erkennt an, daß die Stabilisierung der Finanzen eine Notwendigkeit ist, sie darf aber nicht herbeigeführt werden auf Kosten wirtschaftlicher Notwendigkeiten. Das Baugewerbe wieder in Gang zu bringen ist eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Dadurch wird erreicht, daß die Arbeitslosigkeit nicht nur im Baugewerbe sondern auch in vielen anderen Industriezweigen behoben wird. Eine doppelte Belastung der Arbeiter zum Zwecke der Stabilisierung der Finanzen des Reiches der Länder und Gemeinden sowie die Befämpfung der Wohnungswirtschaft ist die Konferenz bei der jetzigen Entlohnung der Arbeiter nicht zu unterstützen. Deshalb stellt die Konferenz an die Landtagsfraktion der DVP, Sachsen-

Die Folgen des Kulturabbaues.

Neben dem Schnabbau vollzieht sich auch in Deutschland der Kulturabbau. Obwohl sich dies nicht in der augenscheinlichen Weise beim Schnabbau geltend macht, weil der Kulturabbau keine unmittelbare Wagenfrage ist, so sei dennoch auf die Gefahren hingewiesen, die dieser mit allem Hochnot betriebene und so, so heilige Kulturabbau im Wesentlichen hat. Der ehemalige Kultusminister von Hessen, Professor Dr. Strecker, sprach darüber kürzlich in Hamburg. Der Redner führte unter anderem aus: „Militärische Träume sind heute Klarrheiten. Die Wirtschaftsorganisation wird für den Aufbau sicher wichtig sein; aber entscheidend bleibt, ob die Wirtschaft Volkswirtschaft ist oder ein Mittel in der Hand von wenigen, die die Masse des Volkes als Sklaven benutzen. Hier schon beginnen Kulturfragen sich vorzudrängen. Militärherrschaft und Wirtschaftsgewalt können nie zu einem wirklichen Frieden und zu wahrer Kultur führen. Gewähr der Dauer gibt nur das Recht; es ist das einzige Fundament des Zusammenarbeitens und des Friedens der Völker. Rechtsfragen aber sind Kulturfragen, Erziehungsfragen, eine allgemeine Stabilisierung des Rechtes fordert als Voraussetzung vor allem eine weitgehende Einsicht in das, was Recht ist. Um so trauriger ist es, daß wir heute Kulturabbau abwenden müssen. Wo ist der Geist von Weimar geblieben? Wo ist das Programm der Reichsversammlung? In Athen! Nicht in deutscher Republik! Stolz für Stolz ist das große Kulturprogramm von Weimar abgebaut. Heute sind wir beim Abbau des letzten Stückes: auch die Schule wird nun mit dem Geiste der Schwäche erfüllt. Wer will denn behaupten, daß dieses Spanien irgendwie entscheidender Art ist? Daß wir mehr erreichen als wir verlieren? Niemand kann das wegen! Kriegsgefahrheiten ließ man wachsen und wuchern; Steuererhöhungen ließ man faktieren; Mut zum Durchgreifen fand man nicht. Hugo Stinnes (ein Deutscher!) ist der vierteidliche

Wann der Welt hin baut man ab und spart — an Schule und Lehrer! Ein Sozialist sieht man diesen Hohn in Deutschland nicht. Im Ausland sieht man ihn! Immer wieder wurde mir in Amerika auf einer Vortragsreise der Name Stinnes zugerufen. Was wir heute an Geld sparen mit solchen Methoden des lächerlichsten Materialismus, das müssen wir in den kommenden Jahren zehn- und hundertfach büßen. Man denkt nur an Geld und sieht nicht den Laubbau, den wir treiben. Man soll sparen, auch an Beamten. Da, wo es Sinn hat: einfache Steuererhöhungen und wenig Stuerbeamte; wenig Parlamentarier, aber solche, die Männer sind. Amerika ist in einem fieberhaften Ausbau seiner Schulen. Eigene Autostrafen zu dem besonderen Zweck, daß auch die fernsten Kinder zur Schule kommen können. Wenn man den Amerikaner fragt, wie er die schwierigsten Fragen (Negerfrage, Alkoholverbot) lösen wolle, so bekommt man stets die stolze Antwort: „Durch Erziehung!“ Man kann in Amerika heute eher von Volksgemeinschaft sprechen als in Deutschland. Das Fremde sieht sich an, weil ein starkes Volk, weil eine Linie der Größe es in seinen Vann zwingt. Wir dürfen nicht verfallen auf unsern vergangenen Schulverbreiten ausruhen. Man spricht bei uns von großen Aufgaben, Eroberung neuer Märkte, Verbesserung der Technik, Intensivierung der Arbeit; aber wie denkt man sich die Erreichung solcher Ziele, wenn man die Menschen nicht hat, die das Ziel ertingen können! Unser Laubbau ist unendlich kurzfristig; ein Wald wird sinnlos niedergelassen, um das armenige Tages- und heute müde; der ohne Nachwuchs, plant man die Wälder liegen lassen zu dürfen. Banken und Finanzgänger können einen großen Prozentsatz ihrer Beamten abgeben, und sie haben immer noch mehr Kräfte als vor dem Kriege. Die Schule aber wird weit hinter den Vorkriegszustand zurückgeworfen. Früher mußte das Geld für das Militär verbleibt werden. Gebankengänge selbst in dieser Richtung, das haben England und Amerika deutlich mit ihren schnel-

geschaffenen Heeren bewiesen, zwingen zur Gründlichkeit in der Erziehung. Die Jugend geht in Kleinen und Dielen Hagt man. Ja, wohin soll sie dann gehen, wenn zu Kauf nicht mal Stoffen sind? Es gab einen Ort, wohin ich gehen konnte: in die Schule! Auch in dieser Beziehung hat Amerika glänzende Erfolge erzielt. Wir — geben Erlasse heraus, wonach die Vermutung der Schulen an wenige Abende in der Woche beschränkt wird. Der Amerikaner denkt wirtschaftlich; aber sein Denken reicht weiter als bis morgen und übermorgen. Gebildete Arbeiter gelten als Wert. Wenn uns will man durch gehen — unmerklich undige Arbeitsbeschäftigung und Hunger löhne den Arbeiter zum Kuli machen, und schon hört man in der Schweiz und in Amerika die Anklage, Deutschland wolle durch solche dreckige Erdrückung der Gesehungen kosten sich wieder in die Weltmärkte einschmuggeln. In Thüringen stellen sich sämtlich bürgerlichen Parteien gegen die großangelegte Christlich-Sozialpolitik. Keinestfalls bis zum Welt Amerika hat je einem Menschenalter an jeder Universitäts eine pädagogische Fakultät; in Jena war eben eine solche gegründet, da begann ein weißes Gefeld bei der angebliebenen Verdrängung. Von den Kriegshelden an der Jugend spricht man in Deutschland immerfort und überall; aber den ersten Willen zur Hilfe hat man nicht. Man hat große idealistische und nationalpolitische Phrasen im Mund und — dekretiert Abbau. Man redet von Reichsarbeits bis zu allem und jedem; aber man denkt nicht so weit, daß wir nicht mehr Arbeit, sondern mehr Leistung brauchen. Darum erforderlich man nicht das Optimum der Arbeit? Die günstigste Leistung? Sie liegt bei 7 1/2 Stunden. Man vertritt und — baut ab, man phrasiert und — legt Bremsklötze. Wer ist dieser „man“? Niemand will, wenn man sucht, die Verantwortung tragen. Niemand will die letzte Instanz sein. Und darum geht hier um das Größte: soll die deutsche Republik ein: sozial-

den Antrag, beim Landtag und der sächsischen Regierung dahin zu wirken, daß die durch die dritte Steuernovellierung zu erhebende Mietsteuer in dessen Umfang für die Herstellung von Wohnungen verwendet wird."

Aus den Baugewerkschaften.

Berlin. Das Baugewerbe Berlins hatte im verfloßenen Jahr unter den Einwirkungen der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Vorgänge besonders viel zu leiden. Das Jahr begann mit schwacher Bautätigkeit, der Mitte Juni einsetzende bessere Beschäftigungssab war nur vorübergehend. Ausgangs September ging die Bautätigkeit besonders stark zurück, am Jahresende stand sie vor dem fast völligen Zusammenbruch, 83,90% aller Mitglieder wurden arbeitslos. Die Wohnungsnot nimmt immer mehr zu. Berlin hatte im September 1923 128 184 Wohnungsjugendende. Zwei Jahre später, am 30. September 1925, war die Zahl der Wohnungsjugendenden 217 124. Im Jahre 1923 kamen 873 Industriebauten und 1121 Wohnungsjugendende zur Ausführung. Durch Abbruch gingen 122 Wohnungen verloren. Die Gewerkschaften, nicht zuletzt der Baugewerksbund, waren lebhaft tätig bei der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit und zur Förderung des Wohnungsbaues. Was in dieser Richtung seitens der Gewerkschaften getan wurde, ist weit mehr, als allgemein angenommen wird. Leider war ihre Tätigkeit sehr wenig von Erfolg gekrönt. Ob in diesem Jahre eine größere Belebung der Bautätigkeit eintreten wird, läßt sich nicht im voraus sagen. Für die Zeit vom 1. bis 21. Januar 1924 waren nur 253 Neubaurahmen gemeldet, und zwar 165 Industrie- und 88 Wohnungsbauten. — Daß die Gewerkschaften infolge der katastrophalen Geldwertverwertung zu weitgehenden Sparmaßnahmen gezwungen wurden und die Agitation darunter leiden mußte, ist allgemein bekannt. Schon im Monat Februar mußte das Erscheinen unseres Mitteilungsblattes eingestellt werden. Des weiteren waren wir genötigt, die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung den einzelnen Gewerkschaften der Stadt Berlin zu übertragen. Wenig erfreulich war auch der Umstand, daß die Auswirkung der Inflation recht beachtenswerte organisatorische Nachteile brachte. Die Hausaufstellung geriet in mehreren Bezirken ins Erliegen. Der Vorstand sah sich deshalb veranlaßt, in solchen Bezirken, in denen es absolut nicht mehr klappte, durch angestellte Hausaufsteller nachzuweisen. Inwiefern dieses Staffierensystem beibehalten werden kann, sei an dieser Stelle nicht erörtert. Jedenfalls aber kann gesagt werden, daß die notwendig geordnete Umstellung der Organisation sehr zum Vorteil gereichte. — Um die Durchführung des Bauarbeiterstreiks zu sichern, wurde wiederholt versucht, die Behörden zur Anstellung von Baukontrollleuten aus Arbeiterkreisen zu bewegen. Es ist jetzt beabsichtigt, zwei bezirksweise Kontrollleute anzustellen. — Am 5. Juni wurde ein Bezirksrat abgewählt, der am 7. Juni in Kraft trat. Die Tätigkeit der Angestellten war eine umfangreiche. Vor allem ist in arbeitsrechtlicher Beziehung viel geleistet worden. Lohnverhandlungen fanden fast allwöchentlich statt. Am 9. Juli brach im Berliner Hoch- und Tiefbauverband ein Streik aus, der mit Annahme eines Vergleichsvorschlages des Arbeitsministers endete. Die Arbeit wurde am 16. Juli wieder aufgenommen; 19 370 Kollegen waren am Streik beteiligt. Der Streiklohn für Maurer, der am 1. Januar 370 Papiermark betrug, stieg bis Ende des Jahres auf 70 Goldpfennige. Die Löhne der übrigen Fachgruppen stellen sich bis zu 10% niedriger und 25% höher. — Am dem von der Bezirksratswahl benutzten Interdisziplinärsitzung nahmen 67 Mitglieder des Baugewerksbundes teil. — Im Anfang des Jahres 1923 hatten wir 23 902, am Jahresende 17 381 Mitglieder. Die Ursachen des Mitgliederabganges sind auf das Daniederliegen des Baugewerbes und auf Quertreibereien der Organisationsförderer zurückzuführen. Obwohl die Wählerkreise der letzteren auch im Berichtsjahre ihren Fortgang nahmen, kann unsere Organisation angesichts der schlechten Verhältnisse mit dem Stand der Bewegung zufrieden sein.

Dortmund.

Im vorigen Jahre wurden in unserem Vereinsgebiet 952 Neubauten, darunter 685 Wohnungsjugend mit 1926 Wohnungen, hergestellt. Die Zahl der in den Wohnungslisten Eingetragenen betrug 25 032. Nach Ab-

bruch des passiven Widerstandes ging die Bautätigkeit fast gänzlich zurück. Die damit eingetretene große Arbeitslosigkeit hatte auch für die Organisation nachteilige Folgen. Die Mitgliederzahl ging auf 8410 zurück. Der durch die Arbeitslosigkeit erzeugte erhebliche Einnahmestausfall beeinträchtigte auch bei uns den Verwaltungsapparat; es mußten große Einschränkungen vorgenommen werden. Die Bautätigkeit in diesem Jahre dürfte sich nur langsam wieder heben. — In der am 24. Februar abgehaltenen Generalversammlung, in der Geschäftsführer Schümann den Tätigkeitsbericht gab, wurde auch der Antrag der Pfälzlarbeiter im Baugewerbe besprochen und durch Annahme einer Entschädigung beurteilt. Auch zur Förderung des Wohnungsbaues wurde eine Entschädigung angenommen, in der die Erwartung ausgesprochen wird, daß Städte und Vermieter den Wohnungsbau einschneiden betreiben, um dem Wohnungselend Einhalt zu gebieten. Auch das seitige Kapitel Verbandsgewerkschaften beschäftigte die Versammlung. Bestimmte Leute wollen nach bestimmten Personen dem Wunde die Schlagkraft nehmen. Durch Fraktionsbildung und andere unlautere Mittel soll der Wund politisch zu Zwecken dienlich gemacht werden. Eine Entschädigung, die dies verurteilt, wurde angenommen und dabei ausgesprochen, daß alle den Wund schädigenden Bestrebungen zu unterbinden sind, jegliche Teilnahme an Fraktionen oder Zellen zieht den Ausschluss aus dem Wunde nach sich. Eine Entschädigung Meier, die verlangt, daß alle auszuschließen sind, die sich mit anderen oder unorganisierten Bauarbeitern zusammenfinden, um Wundestragen zu erörtern, fand gleichfalls Annahme. Nach Entgegennahme des Stellenberichts und erzieherischer Aussprüche wurden die Vorstandswahlen erledigt. Als erster Vizepräsident wurde Schümann, als Stellvertreter Ruff, als Kassierer Hilolaus, als Stellvertreter Lemmer, als Schriftführer Lange gewählt.

Gleitw. Bismuth. Ohne die Baugewerkschaft oder die gewesene Betriebsvertretung auch nur zu fragen, haben die Baugewerkschaften durch Mundschreiben die Polizei unterrichtet, daß vom 1. März an 9 Stunden und vom 1. April an 10 Stunden täglich gearbeitet wird. Das Arbeitszeitgesetz wollen die Herren gar nicht kennen. Diktatorisch geht in erster Linie die Bauverwaltung des Vorstands A. S. vor. Die Kollegen der Umgebung werden deshalb dringend ersucht, den Ort Bismuth (Bismuth) streng zu meiden, bis hier wieder geregelte Verhältnisse hergestellt sind. Ohne Kampf wird es nicht abgehen. Den uns fernstehenden Kollegen aber rufen wir zu: Hinein in den Deutschen Baugewerksbund! Nur vereinigt können wir den Aufständigen Einhalt gebieten. Wir fragen die Kollegen, die bei den Western Stefanowitsch, Hofner, Schenk (Schwenk) arbeiten: Braucht Ihr keine Organisation? Kollegen, es kommt der Tag, an dem auch mit Euch der Arbeitgeber abrechnen und die Aktien aus dem Betriebe werfen wird. Dann soll ja wohl der Betriebsrat helfen! Kollegen Oberstleutnant! Ergötzt Euch nicht, daß auf allen Seiten und in allen Vertrieben alles reißlos organisiert ist, dann werden wir auch dem Ansturm der Unternehmer widerstehen können!

Stm. In unserer Jahresgeneralversammlung gab der Vorsitzende Jäger einen gedrängten Tätigkeitsbericht über das vergangene Jahr. Die im letzten Jahresbericht eingetragene Wirtschaftskrisis hat auch das Baugewerbe gewaltig beeinträchtigt; über die Hälfte unserer Kollegen ist arbeitslos. Mit dem wirtschaftlichen Niedergang und der Schwächung der Finanzkraft der Arbeitgeberorganisationen stieg die anmaßende und brutale Willkür der Unternehmer. In 30 Lohnbewegungen konnte der Verein in der Mehrheit nur ungenügend den Anforderungen der Lebensnotwendigkeit durch angelegentlichste Sperrpolitik, Disziplin und Geschlossenheit die Seiten zu bieten. Grundsätzlich könne festgestellt werden, daß die Organisationsgewalt im Verein infolge der durch das ungünstige Wirtschaftsverhältnis, zurückgegangen ist. Unsere Klassenverrechnung ist jetzt in allen Kreisen umgestellt. Dabei zeigt sich eine langsame Aufwärtsbewegung. Nach eingehender Aussprache wurde dem Vorstand Entlastung erteilt. Die darauf vorgenommenen Vorstandsmaßnahmen ergaben die fast einstimmige Wiederwahl der bisherigen Kollegen. Der Bezirksleiter Hrens gab nach einem Bericht von der letzten Verbandskonferenz, der Einbruch, den die Kampforganisation der Unternehmer auf die Delegierten machte, löste das Bewußtsein aus, daß alle Kraft der Bauarbeiter eingesetzt werden muß, um die Pläne der Unternehmer aufzuheben zu machen. Das kommende Frühjahr wird die Bauarbeiterkraft auf dem Posten stehen.

Büro. Die Firma Karl Meßger in Rheinfelden weigert sich, die durch Schiedsgericht vom 4. Februar festgelegten Stundenlöhne von 58 ¢ für Facharbeiter und 48 ¢ für Hilfsarbeiter zu zahlen. Sie will nur die am 4. Januar vom Bezirksobmann ausgesprochenen Löhne bezahlen. Jeder Arbeiter sollte unterzeichnen, daß er mit diesem diffizilen Lohn einverstanden sei. Wer nicht unterschrieb, wurde auf das Wasser gesetzt. Die Firma hat es auch verstanden, eine Anzahl Klausurhörer heranzuziehen, die für jeden Lohn und so lange arbeiten, wie von dem Baugewaltigen befohlen wird. Auch im übrigen Bezirk Büroverjuden die Bauunternehmer, das Großversteck zu ihren Gunsten auszunutzen. So hat eine Gipserfirma in Siedingen ihren Gipsern 42 ¢, deren Hilfsarbeitern 30 ¢ Stundenlohn angeboten. Ähnlich liegt es bei anderen Baugewaltigen, die im letzten Herbst ihren Arbeitern vorredeten, daß die Bauunternehmer gern höhere Löhne zahlen wollten, nur die Gewerkschaftsführer hätten das nicht gewollt. Diese Art der Verhehlung, die nur noch durch Dummheit überbrosen wird, war immer noch nicht dumm genug, um von manchen Arbeitern nicht geglaubt zu werden. — Um die Arbeitszeit wird bei uns schon in den nächsten Tagen der Kampf entbrennen. Der Führer der Bauunternehmer des Bezirks Büro hat seinen Kollegen erklärt, daß vom 1. März an täglich 10 Stunden gearbeitet wird, obwohl noch eine größere Zahl der Bauarbeiter erwerbslos auf der Straße liegt. Nach der Beschlusstimmung ist nicht das einzige, was man uns aufzuzumachen möchte. Die Lohnspanne soll vergrößert, die Ferien sollen abgekauft werden. Es soll auch keine Verabreichung mehr geben für veräumdete Arbeitszeit bei Krankheitsfällen, bei Beurlauben, bei Tod-

fällen, bei Gerichtsterminen usw. Allegegen! Ihr seht, wohin die Dinge gehen soll. Erwaßt aus dem Winterstahl, bebeknt, was auf dem Spiele steht, schließt Euch zusammen in Eurer Berufsorganisation, den Deutschen Baugewerksbund! Nur einer geeinten Bauarbeiterkraft wird es möglich sein, die drohenden Gefahren abzuwehren. — Zugut nach den Firmen, die mit uns in unserm Vereinsgebiet in Differenzen liegen, bitten wir, streng zu meiden.

Weimar. Am 19. Februar tagte hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung. Die stark besuchte Versammlung nahm Stellung zu den Vorschlägen im Erlaßausfluß des ADGB, und beurteilte das Vorgehen des Kartellgeschäftsführers Geisler sowie der Fraktion der Meißner Richtung, die gegen das Mittrauenbündnis gegen Geisler gestimmt hatte; darunter befanden sich auch 3 Delegierte der Bauarbeiter. In der Aussprache über diese ganze Angelegenheit waren es besonders die Kollegen Bezirksleiter Meier, Heinrich Fischer und Preigler, die diesen Flugblattskandal dem richtigen Standpunkte beleuchteten; letzterer brachte schließlich einen Mittrauenantrag gegen die drei Delegierten der Meißner Richtung ein. Dieser Mittrauenantrag gelangte mit großer Mehrheit zur Annahme. Die Versammlung nahm jedoch die Neuwahlen der Kartelldelegierten vor und wählte drei Kollegen der Amsterdamer Richtung. Somit ist der Baugewerksbund mit 4 Delegierten der Amsterdamer Richtung — statt bisher 1 Amsterdamer und 3 Meißner — im Ortsausschuß vertreten. Auch stellten sich die Kollegen mit großer Mehrheit hinter die Richtlinien des ADGB, und lehnten somit die Politik der Meißner Richtung entschieden ab. Die Vorstandswahl brachte den Kommunisten Herbst nicht wieder in sein Amt; gewählt wurde der Kollege Schellschläger.

Aus den Fachgruppen. Bau-Verkmester.

Im Reichsarbeitsblatt Nr. 5/1924 werden die Anträge der Vertragsparteien auf Allgemeinverbindlichserklärung der Reichsarbeitsverträge für Poliere und Schachtmeister veröffentlicht. Da uns von einer Anzahl Fachgruppen Anzeige zugefandt sind, die Einpruch gegen die Allgemeinverbindlichserklärung fordern, wir auch ohnedies die Pflicht hatten, zu verhindern, daß solche Verträge zur Rechtsgrundlage für eine ganze Berufsgruppe werden, haben wir die Reichsarbeitsverwaltung ersucht, die Anträge auf Allgemeinverbindlichserklärung abzulehnen. Wir erwarten von der Reichsarbeitsverwaltung, daß sie unsern Ersuchen statigt. Die Verordnung vom 23. November 1918 über Tarifverträge besagt, daß Tarifverträge, die eine überlegende Bedeutung für die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eines Berufs freies erlangt haben, für allgemeinverbindlich erklärt werden sollen. Diese Voraussetzung trifft für diese Tarifverträge nicht zu; denn die Poliere und Schachtmeister unseres Bundes, des Zimmererverbandes und anderer Verbände, ja selbst zum großen Teil des Arbeiterbundes, lehnen die Verträge ab. Es gehört eine große Portion Einbildung dazu, sich wie der Deutsche Arbeiterbund anzumahnen, die alleinige Interessenvertretung einer Berufsgruppe zu sein und Tarifverträge abzuschließen, die dann noch allgemeinverbindlich erklärt werden sollen. So weit dürfen wir die Sache nicht kommen lassen. Was sich der Arbeiterbund einbildet, geht uns nichts an, aber daß er Handlungen begeht, die der Berufsgruppe der Bau-Verkmester zum Schaden gereichen, verurteilen wir uns. Aber auch den Herren von den Arbeitgeberverbänden des Baugewerbes muß gesagt werden, daß sie kein Recht haben, der überwiegenden Zahl der Bau-Verkmester etwas aufzubieten, was diese nicht wollen. Die im Baugewerksbund vereinigten Bau-Verkmester sind Männer, die sich ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht aufzwingen oder diktieren lassen. Man hat uns abschätzig von den Verhandlungen und dem Abschluß der Reichsarbeitsverträge ausgehört, trotzdem diese Herren gerne wissen, daß wir als Interessenvertretung der Bau-Verkmester nicht eher ruhen werden, bis wir Mitträger der Tarifverträge geworden sind. Wir werden den Kampf um einen Reichsarbeitsvertrag für Bau-Verkmester mit dem um einen Reichsarbeitsvertrag für das Baugewerbe verbinden. Daß dieser Kampf nicht leicht wird, dafür sorgen schon die schlechten Wirtschaftsverhältnisse; leider auch der Umstand vieler Kollegen, die sich gegen rückwärts entscheiden möchten, weil es ihnen gar zu sehr dünkt, sich in der Gnade des Unternehmers zu fassen. Mit solchen Kollegen muß aufgeräumt werden; denn sie sind unsere Gegner und eine große Gefahr unserer Vormachtstellung. Auf zur Werkarbeit! muß jetzt die Parole aller freigewerkschaftlich denkenden Kollegen sein. Nur durch den Zusammenfluß in unsere Fachgruppen schaffen wir die Gewähr, daß sich der bevorstehende Kampf zu unserm Vorteil wendet. Die Fachgruppenbildung muß viel gründlicher geschehen. Nach einer großen Anzahl Kollegen hält es nicht der Mühe wert für die Fachgruppen anzumelden. Auch die Vertiefung über die Mitgliederbewegung ist unvollständig. Jeder Kollege muß sich zur Ehrenpflicht machen, der Fachgruppe anzugehören!

Glatzer.

Der Lehrgang aus Diskussionsredner. Die Tägliche Rundschau aus Schweden berichtet, daß in einer Versammlung der Sozialistischen Volkspartei ein Abstimmungsbeschluss gefasst wurde, die sich als „Führer der sozialdemokratischen Arbeiterjugend“ vorgestellt habe. Das Auftreten dieses Lehrlings sei ein Zeichen unserer Zeit. In der „guten alten Zeit“ sei der Lehrling in den Abendstunden in der Familie des Meisters geblieben, heute aber gingen die jungen Herren ihrer eigenen Wege. In der „Dachdeckermeister-Zeitung“ stimmt ein Junggenosse der „Täglichen Rundschau“ bei; er kann gar nicht bezweifeln, daß die Versammlungsleitung einem Lehrling überhaupt das Wort erteilt hat. — Ja, die gute alte Zeit. Schreiber dieser Zeilen erinnert sich recht sehr gut der Zeit, als er vor 52 Jahren das Glaschuhwerk erlernte. Die Arbeitszeit begann früh 5 Uhr und endete gewöhnlich abends 8 Uhr, in den Sommermonaten wurde es auch 9 Uhr. Wollte der Lehrling nach dem Abendessen noch

etwas frische Luft schöpfen, so hieß es: „March ins Welt!“ Auch Sonntags gab es bis zum Mittagessen Beschäftigung auf die Dörfer geschickt werden. Da eine gefällige Fortbildungsschule noch nicht bestand, hatten die Lehrlinge, wenn sie Bildungsdrang in sich fühlten, diesen in der „Sonntagschule“ zu befriedigen. Und wenn an Wochentagen abends der Meister zum Schachspiel oder die „Frau Meisterin“ zum Kaffeelächeln gingen, dann mußte der Lehrling die Kinder hüten, bis die „Gerrichten“ gegen 11½ Uhr nach Hause kamen. Und für diese „Ausbildung“ hatten die Eltern des Lehrlings auch noch das Wort zu stellen und bei dreijähriger Lehrzeit 30 bis 50 M Reichs Geld zu zahlen, während bei Kindern armerer Eltern eine vierjährige „Ausbildung“ nötig war. Ja, das war eine fällige Zeit! Heute möchten alle Empfänger und Befehlshaber sie wieder haben. Das wird ihnen aber nicht gelingen.

Gipser und Stukkateure.

Der Streit der Stukkateure in Most ist durch eine Vereinbarung beigelegt, die bis zum 1. Mai dieses Jahres gilt. Der Stundenlohn beträgt 65 s, die Vorarbeit ist verboden, bei auswärtigen Arbeiten soll volle Kost und Legesohn vom Arbeitgeber gezahlt werden. Die achtstündige Arbeitszeit bleibt bestehen wie bisher. Während die Firma Burmeister die Vereinbarung bereits am 26. Februar unterzeichnet, trat hier die Firma Carow erst am 5. März bei. Bei Carow sollen trotz des Verbotes noch einige Leute in Most arbeiten. Es wird Sache der Fachgruppe sein, dem näher auf den Grund zu gehen und das Erforderliche zu veranlassen.

Holzerer und Steinholzleger.

Sannber. (Sektion der Holzwerker.) In der am 2. März abgehaltenen Versammlung wurde Bericht von der Generalversammlung erstattet. Wegen der Beitragserhöhung hatte keiner etwas einzuwenden, jeder sah ein, daß dem brutalen Vorgehen der Unternehmer entgegenzutreten werden muß. Nach erfolgtem Jahresbericht der Fachgruppenleitung fanden Neuwahlen statt, wobei Kollege Kaufmann als erster Vorsitzender wiedergewählt wurde. Als zweiter Vorsitzender wurde Schröder, als Schriftführer Mörtsch gewählt. Eine heitere Aufnahme fand das Schreiben des Wirtschaftsbundes, das die Erhöhung der Auslösung von der Erziehung der Spezialarbeiterzulage abhängig macht, also mit der einen Hand etwas geben und mit der anderen etwas nehmen will. Die vom Kollegen Döntal erteilte schriftliche Antwort war die richtige. Nachs. wurde betont, daß an der alten Forderung von 4 M Auslösung festzuhalten und bei besonders teuren Orten Kost und Legesohn zu erheben ist. Von den Celler Kollegen wird behauptet, daß sie in Most arbeiten. Das möchten wir angezweifelt der großen Arbeitslosigkeit bezweifeln. Vielleicht klären die Celler Kollegen dies einmal auf.

Aus Stuttgart wird gemeldet, daß dort die Holzwerker einmütig die Arbeit eingestellt haben, weil die Unternehmer jegliche irdige Verhandlung zueinander Erhöhung der Auslösung ablehnen mit dem Hinweis, daß zentrale Verhandlungen stattfinden sollten. Uns ist hier von noch nichts bekannt. Im Gegenteil muß angenommen werden, daß der Wirtschaftsbund grundsätzlich keinerlei Verhandlungen will; denn sonst würde er nicht Gegenforderungen stellen, von denen er sich selbst sagen müßte, daß sie für uns nicht diskutabel sind. — Wird die Zeitung des Wirtschaftsbundes durch das Vorgehen in Stuttgart klüger werden? Wir bezweifeln das einwörtlich, dazu läßt sie sich erst bewegen, wenn das Feuer noch andere Bezirke ergriffen hat.

Töpfer und deren Hilfsarbeiter.

Durch den Austritt der schlesischen und süddeutschen Unternehmer aus dem Verband der Tonwarenfabrikanten und Kunsttöpferereien mußten ebenfalls die zentralen Lohnverhandlungen im Scheitelpunkt der Krise aufgehoben werden. Die Unternehmer in Schlesien benutzten diese Gelegenheit, unterstützt durch einen ungünstigen Geschäftsgang, um einen unerhörten Druck auf die Löhne vorzunehmen. Die Herabsetzung der an und für sich schon niedrigen Löhne hatte zur Folge, daß auch in den übrigen Bezirken der Lohndruck herabgedrückt wurde. Es soll nun versucht werden, zunächst mit den Fabrikanten in den Freistaaten Sachsen und anfangs einen Weg zu finden, um wenigstens die Vereinarbeitnehmer für diese zwei Bezirke für jeden Fabrikanten binden zu gestalten. Zu diesem Zweck wird in den nächsten Tagen eine engere Sitzung stattfinden. — Die Herren Tonwarenfabrikanten glauben, das „Schlemmerleben“ der Töpfer nicht mehr länger mit ansehen zu können. Nachdem bereits der Tarif von 1921 um 20% gekürzt worden ist, beabsichtigen die Herren in Sachsen, die Löhne nochmals um weitere 20% zu kürzen. Wahrscheinlich haben die Herren von ihren Kollegen in der Preussischen Provinz, vornehmlich aus Belten erfahren, daß ein vierzigprozentiger Abzug notwendig erscheint, „um das Gewerbe zu heben“. Die Kassenmeister rufen nach billigen Löhnen, die Fabrikanten fühlen ein menschliches Mitleid und sehen die Verkaufspreise herab. Ihr Profit darf natürlich nicht geschnitten werden, was wären denn sonst die Arbeiter da? Diese sind verpflichtet, um Deutschland — nicht etwa den Profit — zu retten, den Schwächern noch enger anzujucken, und wenn sie dann rebellisch werden, dann sagt man: „Meine Herren, wenn Löhne das nicht paßt, dann machen Sie die Türe von draußen zu.“ Ein sehr einfaches Mittel, die „Wegeklüchtigkeit“ der Unternehmer zu dämpfen. Die Vermutung, auf einen weiteren Lohnabzug einzugehen, wird natürlich von uns abgelehnt und verlangt, den Tarif von 1921 vollständig haltlos zu machen. Aber den Ausgang der Verhandlungen beruht nicht auf uns. — In einer Versammlung des Provinzialverbandes der Töpfermeister von Hamburg glaubte dessen Vorsitzender, Herr Krüger, unsern Kollegen in Rheinland-Westfalen noch einen besonderen Zuschnitt erteilen zu müssen.

Er erklärte: „Im Rheinland seien die Gesellen trotzdem wegen maßloser Forderungen ausgeperrt worden.“ Der Vorsitzende eines Verbandes sollte mit seinen Worten doch etwas vorsichtiger sein. Oder sollen wir annehmen, daß Herr Krüger absichtlich eine Hege gegen die Ofenseher betreibt? Die Ofenseher in Rheinland-Westfalen waren nicht ausgeperrt, sondern sie hatten wegen Tarifbruchs der Unternehmer am 15. Dezember 1923 die Arbeit niedergelegt. Die Hege der „Neuen Deutschen Töpferzeitung“ und in den Versammlungen der Unternehmer wegen „maßloser“ Forderungen der Gesellen scheint man in ein „System“ bringen zu wollen. Wir erwarten nicht, daß Herr Krüger seinen „Trtum“ berichtigt.

Wenigerode. In der Ofenfabrik von R. Krüger ist der Fachgruppenmann der Töpfer gemahzelt worden. Er war Herr Krüger „zu schroff“. Herr Krüger möchte gern Allein herrscher sein, Kohnbeitreitigkeiten sind deshalb in letzter Zeit immer vorhanden. So hält der Herr 50 s Stundenlohn für auskömmlich, allerdings haben leider auch manche Kollegen nicht das nötige Müßigkeit, um ihre Interessen nachdrücklicher zu vertreten. Wie die Dinge dort liegen, müssen wir davor warnen, bei Krüger in Arbeit zu treten. Die Kollegen würden schlechte Erfahrungen machen.

Suchen zum 1. April oder später für unsere Ofenfabrik, Nähe Berlin, einen vollständig firmen Werkmeister in angenehmer Dauerstellung, Off. u. F. 129 an H. u. W. Wille, Berlin SW 19 (Vrdg. 129). Nächtliche Stängel- und Gesteinformer zum sofortigen Eintritt gesucht. S. in K. u. W. Wille, Berlin SW 19 (Vrdg. 129). Nächtliche Stängel- und Gesteinformer auf Altkontingente können sofort eintreten. Gebrüder Gutbrod, Ofenfabrik, Gumbelungen a. B. (Bayern).

Allgemeine Rundschau.

Der Kampf um den Achtstundentag. „Die Arbeitszeitverordnungen zur Erdoberfläche des Achtstundentages leitet eine Zeit der Anstrengung und Kämpfe ein, die fortwährend die Hoffnung der Regierung auf Förderung und Verbilligung unserer Waren- und Gütererzeugung in den nächsten Jahren.“ So schreiben wir im Leitartikel der Nummer 2/3 des „Grundstein“. Heute bemerkt sich unsere Voraussage. In diesen Industrien, wie im Baugewerbe, im Holzbearbeitungsgewerbe, im Transportgewerbe, in der Lederindustrie und anderen Industrien drohen große und langwierige Kämpfe des Achtstundentages wegen; vielfach fladert bereits der erbitterte Kampf auf, so liegen in allen namhaften deutschen Hafenorten die Hafen- und Werftarbeiter teils im Streik, teils in der Ausperrung. In den Amminwerfen Rudwigs Hafens, wo 25 000 Arbeiter ausgeperrt sind, weil sie nicht 10 Stunden und noch länger täglich fronden wollen, ist Blut geflossen, 5 Arbeiter wurden getötet, 30 verletzt. An diesem Kampf in Rudwigs Hafens sind auch 1800 Mitglieder unseres Bundes beteiligt, in die Ausperrung der Hafenarbeiter sind gleichfalls viele Bauarbeiter verwickelt. Fast überall sucht das Unternehmertum die Arbeiter unter Anwendung brutaler Gewaltmittel unter sein Herrschaftsgebiet zu bringen. Dagegen wehren sich die Arbeiter mit Recht, sie wehren sich gegen die absolute Einseitigkeit der Arbeitszeitverlängerung, sinnlos deshalb, weil erzwungene Mehrarbeit niemals den von den Unternehmern erhoffenen Erfolg zeitigen kann, sinnlos auch deshalb, weil mühsige Arbeitsgänge zu Hunderttausenden überzogen werden, jedes verlangte Arbeitsquantum in 8 Stunden täglich zu bewältigen. Aber man weiß sie auch, überantwortet sie dem Glend der Arbeitslosigkeit und möchte zu diesem Glend noch mehr Arbeiter bekommen. Immer mehr selbstig sich bei den Arbeitern die Heberzeugung, daß es einzig und allein brutaler Machtmissbrauch ist, der die Unternehmer zu ihrer Stellungnahme drängt. Wie lange sich dieser unnatürliche Zustand hält bis zu welcher Grenze die Arbeiterbergemaltung gehen kann, läßt sich nicht abschätzen. Schließlich führt ein solcher Zustand zum Bürgerkrieg, und wehe dann den dabei Unterliegenden!

Kleine Notstandsarbeiten. In unsern Ausführungen in Nummer 8 des „Grundstein“ über dieses Kapitel teilt uns der Zentralverband der Steinarbeiter mit, daß die von uns dort erwähnte Eingabe an das Reichsarbeitsministerium nicht von ihm kam, sondern vom Christlichen Berufsverband deutscher Steinarbeiter. Die Reichsfachgruppe der Steinbeiter des Zentralverbandes der Steinarbeiter habe am 2. Februar in einer Eingabe an das Reichsarbeitsministerium gegen die Erklärung von Straßeninstandsetzungsarbeiten zu kleinen Notstandsarbeiten Einspruch erhoben. Es sei ihr auch bisher gelungen, in allen ihr bekanntgewordenen Fällen die schädlichen Folgen der Verordnung vom 16. Januar abzuwenden.

Der Mangel der Ernährung. Wir finden in dem Material, das den Sachverständigen der Entente unterbreitet worden ist, auch die folgende Zusammenstellung: Der Verbrauch an wichtigen Lebensmitteln für den Kopf und das Jahr berechnet, betrug in Deutschland (einschließlich des gewerblichen und tierischen Verbrauchs)

	1913	1914
Fleisch	48,15 kg	26,71 kg
Wolken	159,10 "	91,90 "
Wolken und Speck	95,80 "	47,60 "
Getreide	108,00 "	30,00 "
Kartoffeln	700,20 "	573,0 "
Meis	2,49 "	1,64 "
Seringe	2,89 "	1,78 "

Auch die „Genußsucht“ der Deutschen ist bedeutend zurückgegangen. Während 1913 auf den Kopf der Bevölkerung 103,0 für Tier, 5,4 für Brandwein entfielen, sind die Zahlen jetzt 50,0 und 2,0. Demnach ist der Bierkonsum um etwas über die Hälfte, der Schnapskonsum auf fast zwei Drittel zurückgegangen. Wir empfehlen, die bestehenden Zahlen bei Tarifverhandlungen unsern Unternehmern vorzulegen. Da die Zusammenstellung durch eine bürgerliche Reichsregierung ausländischen Sachverständigen borgelegt worden ist, ist sie zweifellos richtig.

Die in England geplante große Bautätigkeit dürfte manchen Kollegen dazu verführen, sich um Arbeit in England bemühen zu wollen. Wir müssen dazu bemerken, daß Ausländer auf Arbeit in England zurzeit nicht rechnen können. Solange noch große Arbeitslosigkeit in England herrscht, sind dort Maßnahmen getroffen, die die Einreise von ausländischen Arbeitern auf jede Weise verhindern.

Warum dauert die Baukonjunktur in den Vereinigten Staaten an? In den Vereinigten Staaten konnten die Bauarbeiter infolge der Baukonjunktur und weil, dank der Einschränkung der Einwanderung, Mangel an Bauarbeitern war, ihre Löhne außerordentlich steigern. Es wurden Bauarbeiterlöhne von 12 bis 16 Dollar pro Tag erreicht. Die Ursache eines Konjunkturaufschwungs lag nahe. Die Löhne konnten infolge des erwähnten Arbeitermangels und der guten Organisation der Bauarbeiter leicht herabgesetzt werden. Wie war es trotzdem möglich, die Konjunktur zu retten, die Bautätigkeit in unbemerktem Umfang aufrechtzuerhalten? Die Antwort: man hat die Baumateriallieferanten — es sind dies zumeist große Kartelle und Trusts — dazu bewegen können, die Preise der Baumaterialien herabzusetzen. Mit anderen Worten: da auch diese keine Abschreibungen vornehmen konnten, mußten sie ihre Profite etwas einschränken. Und diese Preisermäßigungen — schreibt die hochkapitalistische „Guaranty Trust Review“ — reichten aus, die immer noch anhaftenden Lohnherabsetzungen auszugleichen und das Weiterbestehen der Konjunktur zu sichern. Die deutschen Unternehmer könnten vom Ausland tatächlich etwas lernen. Aber insoweit trotzdem sie im ausgedehnten Gelde die Lohnabbaus und der Arbeitszeitverlängerung. Im übrigen ist der amerikanische Vorgang ein lehrreicher Beitrag zur Frage des Verhältnisses zwischen Löhnen und Profiten!

Briefkasten der Redaktion.

Zur Beachtung für Einsender! Wer im „Grundstein“ irgendeine gemeinschaftliche Ansprache betreten will, muß dem zur Veröffentlichung bestimmten ein Schreiben seines Ortsverbandes beifügen, in dem bezeugt wird, daß der Einsender auch Mitglied ist. Wird dieser Anforderung nicht entsprochen, dann kann das Eingeladene nicht veröffentlicht werden. So erhielten wir von einem Kollegen Hans Kadina aus Königsberg eine zur Veröffentlichung im „Grundstein“ bestimmte Zuschrift, in der der Einsender auf einem Zettel sagt, daß er Mitglied des Baugewerksbundes sei. Das kann jedoch erklagt werden und durch Stempel bestätigt werden. Hiergegen hat der Einsender sich in der Woche geirrt, er mußte sich an die sozialdemokratische, nicht aber an die Gewerkschafts- presse wenden. Es ist selbstverständlich, daß solche Zuschriften keine Berücksichtigung finden können. Wir bitten, dies überall zu beachten.

Bücher und Schriften.

Deutschlands Wirtschaft, Währung und Finanzen. Die umfangreiche Schrift enthält eine Beurteilung der deutschen Wirtschaftslage mit reichem statistischem Material, ist in im Auftrag der Reichsregierung von der Reparationskommission eingeleitet. Jede verlässliche, genaue Sachverhalte Material überreicht worden. Herausgegeben von G. M. S., Berlin W 35.

Veranmeldung des Bundesvorstandes.

Das Material über die Interimskasse ist u. a. m. Bundesangelegenheiten am 11. März zugegangen. Falls einer unserer Angehörigen dieses Material nicht erhalten haben sollte, bitten wir um schnellste Mitteilung.

Arbeitslosenmarken. Vom 1. April an sollen an arbeitslose Mitglieder wieder Arbeitslosenmarken verabschiedet werden. Von dem genannten Zeitpunkt ab ist also für jede Arbeitslosenmarke eine Marke in die betreffende Wochenrubrik des Mitteilungsbuches einzulegen und abzustempeln. Bestellungen müssen umgehend erfolgen.

Warum gewerkschaftliche Jugendabteilung? Flugblätter mit diesem Titel für die Werbearbeit im kommenden Frühjahr sind noch vorhanden und werden auf Anforderung versandt. Wir bitten um Bestellung.

Ausgeschlossene auf Grund § 16 der Bundesfassung sind vom Bundesvorstand aus der Baugewerkschaft Bochum: Emil Wajcher, Ged. Arbeiter, geboren 7. Juli 1890 zu Most (Verb.-Nr. 512 781), Wilh. Scharfsteinbauer, Hilfsarbeiter, geboren 18. November 1877 zu Altona (Hl 566) und Karl Tafelberg, Hilfsarbeiter, geboren 21. Mai 1874 zu Berlin (412 502). Der Bundesvorstand.

Gemeinnützige Bauarbeitergenossenschaft in Genuß und Unterstützung e. G. m. b. H. in Liquidation. Durch Bescheid der Generalversammlung vom 25. Februar 1924 ist die Auflösung der Genossenschaft beschlossen worden. 3 Liquidatoren sind die Maurer W. G. e. l., W. a. g. und K. a. t. Die Liquidation wird außerordentlich, sich bei den Liquidatoren zu melden.

Gemeinnützige Bauarbeitergenossenschaft e. G. m. b. H. „Selbsthilfe“ in Danzig (Pfalz). Sonntag, den 30. März, vormittags 10 Uhr, im Saale des „Weissen Bären“ zu Danzig 2. ordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Aufsichtsrates. 3. Geschäftsabrechnung. 4. Genehmigung der Bilanz. 5. Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates. 6. Veranmeldung der Liquidation. 7. Wahl eines Liquidators ausstehenden Vorstandsmitglied. 8. Wahl der Liquidation ausstehenden Vorstandsmitglied. 9. Änderung der §§ 2, 4, 37 und 39 des Statuts. 7. Wünsche und Anträge. Alle Genossenschaftsmitglieder sind hierzu eingeladen. Die Bilanz liegt vom 20. März an aus unserm Bureau zur Einsicht offen. Statute und Generalversammlung sind bis spätestens 20. März einzureichen. Danzig (Pfalz), den 27. März 1924. Der Vorstand e. des Aufsichtsrates: Franz Hilsenbegen.

Die Baugewerkschaft Grünberg-Beuthen i. Schl. ludt bis zum 1. April einen Geschäftsführer. Bewerber müssen in nächsten 20 Jahre dem Baugewerkschaftsverband beitreten dessen Vorgesangenen angehören, vereidigt und qualifiziert werden, mit dem ihnen Vermittlungsgeld erhalten werden, sich dementsprechend der folgenden Beschäftigung, beiderseits des Schlichtungswesens, fern. Bewerbungen sind innerhalb in doppelter Ausfertigung, mit selbstgeschriebenen Lebenslauf, einem Verzeichnis über die Aufgaben eines Geschäftsführers und den geben über die Dauer der Disziplinierungsfrist und die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung mit der Aufschrift: W e r b e r u n g einzuwenden an Herrn. G e i s e r, G r ü n b e r g i. Schl., Mittelstr. 10a.